

Verordnung

Inkrafttreten:

sofort

vom 7. Dezember 2015

zur Genehmigung der Tarifverträge 2014 und 2015 zwischen dem Geburtshaus «Le Petit Prince» und HSK und tarifsuisse AG

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG);

in Erwägung:

Das Geburtshaus «Le Petit Prince» und die Einkaufsgemeinschaft HSK (Helsana, Sanitas, KPT) und tarifsuisse AG haben dem Staatsrat die Tarifverträge über die Entschädigung der Leistungen für stationäre Geburten in einem Geburtshaus gemäss KVG zur Genehmigung unterbreitet.

Gemäss Artikel 46 Abs. 4 KVG muss der Tarifvertrag vom Staatsrat genehmigt werden.

In dieser Verordnung werden ausschliesslich die Baserates 2014 und 2015 genehmigt. Die mit der Einkaufsgemeinschaft HSK ausgehandelte Baserate 2016 wird gleichzeitig zur Genehmigung unterbreitet wie die mit den anderen Krankenversicherern ausgehandelten Tarife für 2016. Dadurch kann namentlich die Kohärenz in den administrativen Verfahren gewährleistet werden.

Die für 2014 und 2015 ausgehandelten Baserates entsprechen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Die Verträge entsprechen dem KVG.

Auf Antrag der Direktion für Gesundheit und Soziales,

beschliesst:

Art. 1

Es werden genehmigt:

- a) der Vertrag vom 7. November 2013 zwischen der IGGH-CH und HSK über stationäre Patientinnen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in der allgemeinen Abteilung gemäss KVG und seine Anhänge;
- b) der Tarifvertrag gemäss KVG vom 1. Januar 2014 zwischen der IGGH-CH und den von tarifsuisse AG vertretenen Versicherern über die Leistungsabgeltung nach SwissDRG für akut-stationäre Behandlungen und seine Anhänge;
- c) der Vertrag vom 18. November 2014 zwischen der IGGH-CH und HSK über stationäre Patientinnen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in der allgemeinen Abteilung gemäss KVG und seine Anhänge.

Art. 2

¹ Die Baserates für stationäre Leistungen betragen:

	tarifsuisse SA Fr.	HSK Fr.
2014	8 830.–	8 795.–
2015	8 830.–	8 840.–

² Diese Tarife 2014 ersetzen die provisorischen Tarife, die der Staatsrat mit Verordnung vom 17. Februar 2014 festgesetzt hat.

Art. 3

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Präsident:

E. JUTZET

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX-MOREL